



Dr. Birgit Malecha-Nissen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

„Demokratie leben!“ – Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen fordert: „Wir müssen unsere Kinder vor menschenverachtenden Ideologien schützen!“

Berlin, 19.01.2015

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

birgit.malecha-nissen@bundestag.de

40,5 Millionen Euro für das Bundesprogramm „Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. „Wir müssen bei unseren Kindern anfangen. Prävention heißt hier das Zauberwort. Frühe Investition in politische Bildung und Aufklärung entzieht menschenverachtenden Ideologien den Nährboden“, sagt die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen dazu.

Des Weiteren lobt sie die Ausweitung des Programms: „Durch die Aufstockung von zusätzlichen 10 Millionen Euro stehen dafür mehr Mittel zur Verfügung als je zuvor. Zudem ermöglicht die fünfjährige Laufzeit von 2015-2019 Kontinuität und Planungssicherheit bei den gesellschaftlichen Trägern. Wir als Bundesregierung können bei unserer Arbeit in Sachen Prävention auf die Ausstiegsprogramme für Rechtsextremisten zurückgreifen und darauf aufbauen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Jugendliche den Hassparolen von Rattenfängern auf den Leim gehen. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass auch in den Kreisen Plön, Neumünster und Segeberg vermehrt in Präventionsarbeit investiert wird. Die zuständigen zivilgesellschaftlichen Stellen leisten bereits hervorragende Arbeit – es ist wichtig, dass diese auch finanziell vom Bund gewürdigt wird.“

Interessierte aus den Kreisen Plön, Neumünster und Segeberg können sich an das regionale Beratungsteam in Kiel unter der E-Mail Adresse rbt.kiel@beranet-sh.de wenden. Auf ihrer Homepage <http://www.beranet-sh.de/index.php/startseite.html> erhalten Sie alle weiteren Informationen sowie die Formulare für Förderanträge.

Das Bundesfamilienministerium unterstützt den Aufbau der bisherigen Beratungsnetzwerke zu sogenannten Landes-Demokratiezentren. Ziel ist die Stärkung der Zivilgesellschaft gegen demokratiefeindliche Tendenzen. Zu diesem Zweck unterstützt das Programm Vereine, Projekte und Initiativen, die sich für eine Förderung in diesem Bereich engagieren. Vor allem die Beratungsangebote zum Thema radikaler Islamismus sollen erweitert werden.



Zugleich werden die Beratungsangebote für die Opfer rechter Gewalt ausgebaut. Insgesamt gibt es 90 Modellprojekte im ländlichen Raum sowie in dem Bereich Radikalisierungsprävention. Die Themenfelder reichen dabei von aktuellen Formen des Antisemitismus, der Islamfeindlichkeit über linke Militanz, Ressentiments gegenüber Sinti und Roma sowie Homophobie. 179 Städte, Gemeinden und Landkreise werden dabei unterstützt, im Rahmen von lokalen "Partnerschaften für Demokratie" Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen.